

## Rendezvous mit der Wirklichkeit

Richtungswahl, Richtungsentscheidungen – keine Frage, das neue Jahr wird eine Herausforderung | Von Detlef Prinz

Das sich die Welt am Ende eines Ausnahmejahres befindet, bestreitet niemand, der den Blick zurückwendet und nach vorn versucht. Das Coronavirus hat unser Leben, die Bedingungen unseres Zusammenlebens, unser tägliches Verhalten, aber auch die der internationalen wie regionalen Politik und der weltweiten wie lokalen Wirtschaft gleichermaßen durcheinandergewirbelt. Es hat einen amerikanischen Präsidenten weggefegt und parallel dazu das globale Gewicht Chinas im Verhältnis zu den USA erheblich erhöht. Es hat manche Wirtschaftsbranchen erschüttert und andere in ihrer ohnehin gewachsenen Bedeutung steil befördert. Und auch, wenn wir noch nicht genau wissen, wie die Welt nach der Pandemie aussehen wird, ahnen wir: Die Welt wird in den kommenden Jahren eine andere sein. Zeit also, sich zu vergewissern, was wir ändern müssen, um uns auf diese Zukunft so vorzubereiten, damit wir für unser Land das Beste tun und zugleich an die Welt um uns herum denken, ohne die ein einzelner Staat für sich und seine Menschen weder Zukunft gestalten noch Wohlstand sichern kann.

Am Ende von 2020 konnten wir indes ohne Überschwang bilanzieren: Unser Kontinent wurde zwar ernsthaft herausgefordert und befindet sich noch immer im Kampf mit der Pandemie. Der EU und ihren Mitgliedsstaaten ist es gleichwohl gelungen, in einem Akt seltener Gemeinsamkeit die wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen der Pandemie abzufedern, eine ökonomisch umfassende Perspektive für die Zukunft bis weit in das begonnene Jahrzehnt zu entwerfen, die von niemandem mehr zu bestreitende Menschheitsherausforderung Klimawandel anzugehen, endlich den Brexit mit einer Verhandlungslösung abzuschließen und zugleich im Wettlauf mit der tödlichen Pandemie ein mittelständisches Pharmaunternehmen



men zu beherbergen, das uns mit seinem in Rekordtempo entwickelten Impfstoff Hoffnung auf bessere Zeiten macht.

Bemerkenswert im vergangenen Jahr war zudem, wie der Staat im Weltmaßstab auf die Bühne des globalen Geschehens zurückgekehrt ist. Nach der Finanzkrise von vor über einem Jahrzehnt hat der globale Kampf gegen die Pandemie einmal mehr gezeigt, dass der Neoliberalismus keine Antwort auf die großen Herausforderungen und Probleme der Menschheit

bereithält – im Gegenteil. Gerade weil wir etwa in Deutschland eine gut funktionierende Krankenhaus-Infrastruktur und eine ärztliche Versorgung haben, die von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen im Rahmen unserer sozialen Marktwirtschaft getragen wird, sind wir bisher gut durch die Pandemie gekommen, auch wenn die Zahl der zehntausenden tödlichen Verläufe der mit dem Virus einhergehenden Erkrankung niemanden in falsche Triumphgefühle versetzt. Wer die

Gefahr dieses Virus leugnet, ist kein ernstzunehmender Dialogpartner. Gleichwohl müssen wir alles in unserer Kraft Stehende tun, damit wir so viele wirtschaftliche und soziale Existenzen bewahren wie möglich. Dort hat die Bundesregierung unseren Respekt für ihre erfolgreichen Bemühungen mehr als verdient.

Natürlich hat sich im medialen Aufmerksamkeitswindschatten der alles dominierenden Pandemie eine Neugewichtung unserer Leit-Industrien und -Branchen ereignet. Die Konsum-Plattform-Betreiber und die Logistik-Branche mit ihren wenigen großen Ausliefer-Unternehmen sind dagegen die großen Krisengewinner. Wer von den unzähligen kleinen Selbstständigen diese auszehrende Phase wirtschaftlich überleben wird, kann heute niemand sagen. Umso mehr sollten wir als Konsumenten während und nach der Corona-Krise alles dafür tun, damit solche Unternehmen und Einrichtungen überleben können. Wir werden daher das „Soziale“ in unserer sozialen Marktwirtschaft stärken müssen für die Zeit nach der Krise, ohne unsere dafür notwendige wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft zu schwächen.

Das neue Jahr 2021 beginnt schließlich – neben dieser anhaltenden Herausforderung auf vielen wirtschaftlichen Feldern – als ein veritables Superwahljahr mit einer Bundestagswahl Ende September sowie sechs Landtagswahlen und zwei Kommunalwahlen in zwei westdeutschen Flächenländern. Auf der Habenseite – Stand Jahreswechsel 2020/2021 – kann man den schlechenden, aber sichtbaren Bedeutungsverlust der rechtsextremen AfD verbuchen – ein gutes Zeichen, auch wenn die politische Herausforderung bleibt. Wichtiger indes für die Zukunft unseres Landes wird der Umengang am 26. September. Man muss nicht erst das Wort „Richtungswahl“ bemühen, um deutlich zu machen, worum es geht, zu einem

Zeitpunkt, an dem die Pandemie noch nicht endgültig überwunden sein wird, aber die Zeichen der Hoffnung aus meiner Sicht unübersehbar sein werden. Es geht um nichts weniger als um die Wahl einer Bundesregierung, die als Koalition der politischen Rahmen dafür setzt, den kraftvollen Umbau unseres Wirtschaftsmodells Deutschland in einem starken und souveränen Europa voranzutreiben. Das setzt die Bereitschaft für ein Rendezvous mit der Wirklichkeit auf allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Feldern voraus – übrigens gerade von Außen- und Sicherheits-, Wirtschafts- und Bildungspolitik. Aber zugleich auch ein Arrangement mit der Machbarkeit von Prioritäten, die bestimmend sein werden für den Wohlstand von Millionen Menschen bei uns und auf unserem Kontinent. Kurzum: Wir werden einen Neustart brauchen für unsere soziale Marktwirtschaft, die zugleich endlich auch nachhaltig gestaltet werden muss. Ja, es wird anstrengend werden, aber am Ende auch besser sein, als heute noch so manche fürchten.

Viel spricht aktuell für eine erstmalige Auflage einer schwarz-grünen Koalition. Das aber wollten einige schon vor vier Jahren. Dort liegt im Übrigen die größte Chance der SPD, die sich noch immer schwertut, ihre unzweifelhaften Erfolge der vergangenen sieben Jahre endlich mal als das anzusehen, was sie sind: politischer Schutz und Sicherheit für Millionen Menschen, auf die diese Partei auch einmal uneingeschränkt und ohne schlechtes Gewissen stolz sein darf.



DETLEF PRINZ  
ist Verleger des HAUPTSTADTBRIEFS.

### AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

### Gerontokratismus

Zitat Ursula von der Leyen: „Jede Generation in Deutschland hat einen Kanzler. Aus meiner Generation ist das Angela Merkel.“ Von der Leyen (Jahrgang 1958) hatte sich damals, im Mai 2013, Unterstellungen, Vermutungen und Gerüchten zu erwehren, sie wolle Merkel (Jahrgang 1954) vorzeitig ablösen. Ihre selbstverdienende Analyse hatte einen wahren Kern. Adenauer, Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel prägten deutsche Zeitläufte. Oft entsprachen sie – mindestens vorübergehend – dem Zeitgeist. In ihren Kabinetten überwogen die Generationsgenossen. Freilich: Der Wahrheitsgehalt solcher Gesetzmäßigkeiten pflegt erst im Laufe von Amtsjahren erkennbar zu werden. Doch abwegig war es nicht, wie die heutige EU-Kommissionspräsidentin die Besonderheiten deutscher Kanzler umschrieb. Joschka Fischer hatte seinen Respekt vor dem Inhaber der Richtlinienkompetenz der Politik so formuliert: „Da laufen alle Kraftlinien dieser Republik zusammen.“

Bemerkenswert ist auch die Altershierarchie der deutschen Regierungschefs. Schier undenkbar ist hierzulande, was nun in den Vereinigten Staaten ansteht. Joe Biden ist fünf Jahre älter als Adenauer bei seinem Amtsantritt 1949. Zum zweiten Mal hintereinander wird in Washington ein Präsident vereidigt, der älter als sein Vorgänger ist. Die Kanzler in Bonn und Berlin hingegen waren stets jünger als ihre Vorgänger – ein Trend, der seit gut 40 Jahren immer deutlicher zutage trat. Schmidt war knapp zwölf Jahre älter als Nachfolger Kohl, dieser 14 Jahre älter als Schröder, der wiederum zehn Jahre älter als Merkel. Ein Zufall? Oder indirekte Folge dessen, was mit dem auf Schröder zurückgehenden Ondit „Kanzlerjahre zählen doppelt“ auch gemeint war? Deren physische und psychische Belastungen zehren Kräfte. Außer Adenauer schied kein Kanzler nach dem 70. Geburtstag aus dem Amt aus. Seit 1969 (Willy Brandt) waren sie alle – bei Amtsantritt – zwischen 50 und 60 Jahre alt. Blicke es dabei, würde die Zeit über die Vertreter der Generation der Babyboomer – Laschet, Merz und Scholz – hinweggehen, die von Baerbock und Spahn aber noch nicht gekommen sein. Übrig bleiben: Habeck, Röttgen und Söder. Doch keine Regel ohne Ausnahme. Sind in Krisenzeiten wie diesen wieder alte weiße Männer gefragt? Oder im Gegenteil der Elan der Jugend? Mark Twain dazu: „Prognosen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen.“ Das gilt – einstweilen.

## Das System zu den eigenen Zwecken biegen

Neuwahlen in Israel – für Netanjahus Freunde spielt die demokratische Erosion kaum noch eine Rolle | Von Gisela Dachs

In Israel wird geimpft, was das Zeug hält. Bis zu 150 000 Menschen sollen pro Tag immunisiert werden, so das Ziel in dem mittlerweile dritten Lockdown. Klappt alles nach Plan, dann wird man die Pandemie vielleicht schon bald hinter sich gelassen haben.

Israel war von Anfang an ein bisschen früher dran, auch mit dem Ausbruch der ersten Welle im vergangenen Frühjahr. Dass es nun weiter die Nase vorn hat, liegt aber auch mit an der überschaubaren Größe des Landes, der zeitigen Vorsorge für Impfstoff und einem flexiblen Gesundheitssystem. Covid-19 wird aber sicherlich noch nicht ganz überwunden sein, wenn am 23. März die nächsten Wahlen anstehen. „Niemand kann sagen, wie viele infizierte Menschen es dann geben wird und wie viele sich in Quarantäne befinden werden“, erklärte die Direktorin des Zentralen Wahlkomitees, Orly Adas. Man will der Sache mit einer erhöhten Zahl an Wahllokalen beizukommen versuchen. Das aber ist mit Sicherheit das kleinere Problem.

Das größere besteht darin, am Ende eine funktionstüchtige Regierung hinzubekommen. Es ist nun immerhin schon die vierte Wahl innerhalb von 24 Monaten. Die Einheitsregierung, die noch unter dem Druck des Pandemie-Beginns zusammengefunden hatte, zerbrach zum Jahresende – formal, weil nicht wie vereinbart ein

zweijähriger Haushaltsetat verabschiedet wurde.

In Wahrheit aber war das Vertrauen des wichtigsten Koalitionspartners Benny Gantz in Regierungschef Benjamin Netanjahu abgrundtief erschüttert. Erfahrene Beobachter hatten von vorneherein ihren Kopf verwettet, dass es niemals zu dem Rotationsverfahren kommen würde, das Gantz im Herbst zum Ministerpräsidenten gemacht hätte. Sie sollten recht behalten. Damit ist nun die kurze politische Karriere des ehemaligen Generalstabschefs, der zunächst als ein vielversprechender Herausforderer Netanjahus angetreten war, vorbei. Auch ist von Gantz' Blau-Weiß-Partei nicht mehr viel übrig.

Diese erneuten vorgezogenen Wahlen mögen nun als Symptom einer chronischen politischen Instabilität anmuten, in Wirklichkeit aber sind sie ein Beweis von „Bibi“ Netanjahus Fähigkeit, das System



PROF. DR. GISELA DACHS  
war langjährige Zeit-Korrespondentin, ist heute freie Journalistin, u.a. für die NZZ am Sonntag und lehrt am European Forum der Hebräischen Universität Jerusalem.

zu seinen Zwecken zu biegen, um weiter im Amt zu bleiben – was im Übrigen auch seine Unterstützer so sehen. Deshalb gibt es mittlerweile nur noch zwei Lager im Land. Eines ist für Bibi und das andere gegen ihn. Zuletzt hat nun sogar der langjährige Tel Aviver Bürgermeister Ron Huldai seinen Hut in den Ring geworfen, weil er die Entwicklung nicht mehr länger von außen mit ansehen konnte. Mit seiner neuen Partei will er verhindern, dass „wir uns an einen Regierungschef unter Anklage“ und an die „permanente Gefährdung des Strafverfolgungssystems gewöhnen“.

Netanjahu steht wegen Korruption vor Gericht. Die Verhandlungen werden in den nächsten Wochen wieder aufgenommen. Es kein Geheimnis, dass der Regierungschef eine parlamentarische Mehrheit für ein Immunitätsgesetz anstrebt. Er ist ein Meister, wenn es darum geht, Allianzen zu schmieden und das gegnerische Lager zu zersplittern. Seine Opponenten aber kommen inzwischen zunehmend auch aus den eigenen Reihen. Er hat es mit gleich zwei Herausforderern aus dem rechten Lager zu tun: Naftali Bennett an der Spitze der rechts-religiösen Jamina-Partei und der ehemalige Erziehungs- und Innenminister Gideon Sa'ar, der gerade Netanjahus Likud-Partei unter Fanfaren den Rücken gekehrt und noch andere Kollegen in seine neu gegründete „Neue Hoffnung“ mit her-

übergezogen hat. Beim Abgang warf Sa'ar der Likud-Partei vor, einen „Personenkult“ zu betreiben und sich für die „persönlichen Interessen“ Netanjahus instrumentalisieren zu lassen.

Für Netanjahu ist die Zersplitterung des konservativen Lagers tatsächlich bedrohlicher als Alternativen vom Zentrum, wie sie einst Gantz und nun auch Huldai verkörpern. Denn zuvor gab es für all jene Likud-Mitglieder und -Wähler, die Netanjahu inzwischen zwar auch als Belastung empfinden, aber nicht ins andere Lager überlaufen wollten, keinen anderen Ausweg. Zudem lassen sich weder Bennett noch Sa'ar so leicht im Wahlkampf als Linke verunglimpfen. Die Frage bleibt, wie erschütterbar Netanjahus über die Jahre geschickelt aufgebautes Bündnis mit den Stammwählern sich am Ende erweist.

Für seine Unterstützer spielen der Prozess oder die Erosion demokratischer

Grundsätze keine oder allenfalls eine untergeordnete Rolle. Wer soll ihm denn das Wasser reichen können, ist ein häufig artikuliertes Argument für Netanjahu, der bisher am längsten in der Geschichte des Landes regiert. Netanjahu inszeniert sich schon jetzt als unabkömmlicher Regierungschef, unter dessen Ägide Normalisierungsabkommen mit muslimischen Staaten unterschrieben wurden und die Corona-Pandemie unter Kontrolle gebracht wurde.

Diese Erfolge werden im Zentrum von Netanjahus Wahlkampf stehen. Auf der anderen Seite hat sich eine mittlerweile parteiübergreifende Gegnerschaft formiert, die den Regierungschef um jeden Preis ablösen möchte. Keines der beiden Lager könnte womöglich eine entscheidende Mehrheit erringen. Das würde bedeuten, dass nach der Wahl schon wieder vor der Wahl wäre. Und solange das so ist, bleibt der alte Regierungschef im Amt.

### DER HAUPTSTADTBRIEF.

Lesen Sie mehr vom Hauptstadtbrief – diese Woche:

Wir müssen reden – auch mit Coronaleugnern und AfD-Anhängern. Und zugleich auch mit uns selbst, über Begriffe, Vergleiche und unser Gemeinwesen. **Andrea Löw** hat den Essay zur Stunde geschrieben. Chancenverteilung – **Andrea Römmle** wirft einen Blick auf das Superwahljahr 2021. Fülle des leisen Wohllauts – **Inge Kloepper** schreibt in ihrer Kolumne auf den zweiten Blick über einige Besonderheiten des Beethoven-Jahres. Willkommen im Jahr 2021 – **shots please!** [www.derhauptstadtbrief.de](http://www.derhauptstadtbrief.de).